

# „Geschenke für Gutverdiener“

Familienbund fordert einheitliches Kindergeld von 300 Euro statt Steuerfreibeträge – System ist unsozial

Von Alexander R. Wenisch

**Heidelberg.** Die Bundesregierung hat die Weichen für eine leichte steuerliche Entlastung von Familien in diesem und im nächsten Jahr gestellt. Das Kabinett billigte den Existenzminimumbericht. Dieser gibt vor, in welchem Umfang der steuerliche Grundfreibetrag sowie der Kinderfreibetrag angehoben werden müssten. In der Regel steigt dann auch das Kindergeld (siehe Artikel unten), das derzeit bei 184 Euro für die ersten beiden Kinder liegt. Stephan Schwär (52) ist Vorsitzender des Familienbundes in Freiburg und Baden-Württemberg und hält das System für unsozial.



**> Herr Schwär, steuerliche Entlastung für Familien. Eine gute Nachricht?**  
Ja, natürlich. Problematisch ist aber, dass die Erhöhung des Kindergeldes, das sich eigentlich parallel zum steuerlichen Freibetrag entwickeln müsste, erneut verschoben

wurde. Ich befürchte, dass ein höheres Kindergeld, wie schon vor zwei Jahren, am Ende komplett ausfällt. Das ist unsozial.

**> Was ist Ihrer Ansicht nach unsozial?**  
Das komplette System. Höhere Freibeträge sind Geschenke für Gutverdiener. Denn nur die profitieren. Geringverdiener haben von den Steuerfreibeträgen nichts. Das halte ich – gerade auch vor dem Hintergrund der immer ungleicher verteilten Einkommen in Deutschland – für ein falsches Signal.

**> Was ist Ihr Vorschlag?**  
Alle Freibeträge abschaffen und pro Kind 300 bis 350 Euro Kindergeld zahlen. Uns geht es darum, dass der Staat jedes Kind gleich wertschätzen sollte – also den Sohn des Vorstandschefs ebenso wie die Tochter seiner Sekretärin. Das wäre objektiv gerecht und würde im Übrigen auch das gesellschaftliche Bild verändern, was Familie eigentlich ausmacht.

**> Welche Konsequenz hat das System derzeit für Familien?**

Wo die finanziellen Mittel in einer Familie vorhanden sind, können sich Eltern locker Ausbildung und Teilhabe ihrer Kinder in Sportvereinen leisten oder ihnen Musikunterricht zahlen. Mittelstandsfamilien machen sich für solche soziale Teilhabe oft sehr krumm. Bei einkommensschwachen Eltern leiden darunter auch die Kinder. Sie sind vom Sozialleben oft ausgeschlossen – von der gravierenden Bildungsgerechtigkeit in Deutschland ganz zu schweigen.

**> Als Argument gegen ein einheitlich hohes Kindergeld wird immer wieder genannt: Das Geld kommt am Ende nicht den Kindern zugute.**  
Das wird von Politikern unterschiedlicher Couleur ja immer wieder behauptet: Höheres Kindergeld wird in Flachbildschirme oder einen Kasten Bier investiert. Das halte ich für herablassend Eltern gegenüber. Denn Studien und die Lebenserfahrung zeigen genau das Gegenteil: Eltern schauen doch immer, dass es ihren Kindern gut geht, bevor sie sich selbst auch nur ein paar neue Schuhe kaufen.

### RNZ-LEXIKON

## Existenzminimum

Der Bericht über die Höhe des steuerfreien Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern ist alle zwei Jahre fällig. Darin untersucht die Regierung, wie sich die Kosten für Essen, Kleidung, Hausrat, Miete und Heizung entwickelt haben. Die Ausgaben für diesen Mindestbedarf sind nach dem Grundgesetz vor dem Zugriff des Fiskus geschützt.

Der Grundfreibetrag stellt sicher, dass der Teil des Einkommens, der für den Lebensunterhalt notwendig ist, nicht mit Steuern belastet wird. Jeder Bürger hat ein Recht darauf, das Existenzminimum für sich und seine Kinder aus unbesteuerter Einkommen zu bestreiten. Steigen die Kosten, müssen die Freibeträge angehoben werden.

Für Arbeitnehmer und Ehepartner gibt es den Grundfreibetrag von derzeit je 8354 Euro. Für jeden darüber hinaus verdienten Euro ist mit steigenden Tarifen ein eigener, höherer Steuersatz fällig. Der verfassungsrechtliche Anspruch auf ein steuerfreies Existenzminimum auch der Kinder wird durch Freibeträge oder Kindergeld umgesetzt. dpa

## Koalition ringt um die Gunst der Familien

SPD und CSU würden Kindergeld gerne deutlich erhöhen – Finanzministerium fürchtet Belastungen

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

**Berlin.** Plötzlich soll alles ganz schnell gehen. Im vergangenen Jahr hatte die schwarz-rote Koalition noch gezögert und letztlich auf die eigentlich gebotene Kindergelderhöhung verzichtet. Damals wäre es wohl ein Plus von knapp zwei Euro pro Monat gewesen. Nun soll es deutlich mehr werden. Die Koalition ringt um die Gunst der Familien.

Zunächst bis zu zehn Euro, heißt es in Koalitionskreisen. In einem zweiten Schritt käme womöglich eine Erhöhung um weitere zehn Euro hinzu. „Wir wollen ein Gesamtpaket. Wenn es eine Kindergelderhöhung gibt, muss sie für die Familien auch zu spüren sein“, erklärte Paul Lehnrieder (CSU), Vorsitzender des Familienausschusses des Bundestages, gestern im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Der CSU-Mann setzt sich für eine stärkere Erhöhung bei Mehrkindfamilien ein. „Man sollte prüfen, ob eine stärkere Entlastung für Familien mit vier und mehr Kindern möglich wäre.“

Mehr Geld für Familien? Bis

Ende März soll entschieden werden. Die SPD will durchsetzen, dass neben Kindergeld und Kinderfreibetrag auch der sogenannte Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende sowie der Kinderzuschlag erhöht werden. Nach Informationen unserer Berliner Redaktion geht es darum in den Gesprächen innerhalb der Bundesregierung, insbesondere zwischen CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble und SPD-Familienministerin Manuela Schwesig.

Hintergrund der Debatte ist der neue Existenzminimumbericht der Bundesregierung, der gestern vom Kabinett beraten wurde. Demnach muss der steuer-

liche Kinderfreibetrag 2015 um 144 Euro auf 4512 Euro angehoben werden und 2016 schließlich auf 4608 Euro. Der Freibetrag deckt das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum von Kindern ab (siehe RNZ-Lexikon). Dessen Erhöhung führt in der Regel auch zu einer Erhöhung des Kindergeldes. Bei einer Anhebung des Freibetrages um 144 Euro liefe es auf eine Erhöhung des Kindergeldes um vier Euro hinaus.



Vater-Mutter-Kinder: Wie viel sind der Großen Koalition Familien in Deutschland wert? Foto: dpa

Darüber will die Koalition offensichtlich hinausgehen. Zuletzt war das Kindergeld 2010 angehoben worden – auf 184 Euro monatlich für das erste und zweite Kind, 190 für das dritte und für jedes weitere Kind auf 215 Euro.

Für Schäuble dürften die schwarz-roten Familienpläne teuer werden. Eine Erhöhung von Kindergeld & Co. kann schnell zur Milliarden-Mehrbelastung werden, denn ein Plus von einem Euro im Monat kostet laut Finanzministerium 200 Millionen Euro.

Franziska Brantner, Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik der Grünen und Heidelberger Bundestagsabgeordnete, kritisiert die Politik Schäubles: „Anstatt sich weiter über die Auswirkungen der kalten Progression zu streiten, sollte die Koalition ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die Verfassung einzuhalten und Familien und Alleinerziehende zu entlasten.“ Die verschleppte Erhöhung des Kindergeldes für 2014 „muss sofort nachgeholt werden“, fordert sie. Familien, die von Armut betroffen sind, müssten gezielt gefördert werden. „Dies betrifft insbesondere alleinerziehende Frauen.“

„Wenn der Kinderfreibetrag erhöht werden muss, müssen wir auch diejenigen unterstützen, die davon nichts haben“, erklärte Sonke Rix, familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, gestern im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion. Es gehe um ein Paket, das jetzt geschnürt werden müsse. Daher müssten auch das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende erhöht werden. „Dafür sollten wir möglichst viel Geld in die Hand nehmen“, fordert Rix.

In der SPD werden Kindergelderhöhungen kritisch gesehen. Hinter vorgehaltener Hand wird bereits an Peer Steinbrück erinnert, der 2008 als Finanzminister mit markigen Worten seine Skepsis zu Protokoll gegeben hatte. Eine Erhöhung um acht oder zehn Euro habe den Gegenwert „von zwei Schachteln Zigaretten oder zwei großen Pils“, rechnete Steinbrück damals vor und kam zu dem Schluss: „Ich fürchte, das Geld kommt bei den Kindern in vielen Fällen nicht an.“



Auch in den nächsten beiden Jahren will Eckart Würzner – hier bei einem Besuch in der Kita Hattenbühl – die Betreuungsplätze für die Kleinsten weiter ausbauen. Foto: Popanda

HINTERGRUND

> Die Kreditaufnahme ist für Finanzbürgermeister Hans-Jürgen Heiß nicht nur gerechtfertigt, sondern ökonomisch sinnvoll. Denn mit vergleichsweise wenig Geld wird ein weitaus größeres Vermögen angehäuft. So hat die Stadt beispielsweise Ende des Jahres einen Kredit in Höhe von fünf Millionen Euro aufgenommen, um auf den ehemaligen US-Flächen Grundstücke mit einem Gegenwert von 10 Millionen Euro zu kaufen. Auf diese Art und Weise habe die Stadt ihr Anlagevermögen seit 2007 um 140 Millionen Euro auf knapp 1,4 Milliarden Euro erhöht. Im Vergleich: in diesem Zeitraum stieg die Verschuldung nur um 59 Millionen Euro.

> Das meiste Geld gibt die Stadt für Personal aus. Dieser Posten macht 28 Prozent des Ergebnishaushaltes aus. 34 neue Stellen für Erzieher sind für die Kindertagesstätten geplant, sechs neue für den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD). Die Verwaltung und der Betrieb, hierunter fällt auch die Straßenunterhaltung, schlägt mit 21 Prozent, die Sozial- und Jugendhilfe mit 17 Prozent zu Buche. 22 Prozent ihrer Einnahmen erhält die Stadt über die Grund- und Gewerbesteuer.

# 180 Millionen Euro für die Kinder

OB Würzner brachte seinen Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/16 in den Gemeinderat ein – Rekordinvestitionen geplant

Von Holger Buchwald

Mit Rekordinvestitionen in Höhe von 176,9 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre und einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt gehen Oberbürgermeister Eckart Würzner und Finanzbürgermeister Hans-Jürgen Heiß in die Diskussion um den städtischen Etat. Gestern stellten die beiden im Gemeinderat ihren Planentwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 vor. Dabei betonten sie immer wieder, dass sie die Zukunft der jungen Generationen im Blick haben. Für die 119 Kindergärten und Kitas in der Stadt will Würzner in den nächsten Jahren 75 Millionen Euro ausgeben. Hinzu kommen Bauzuschüsse, Gelder für die Nachmittagsbetreuung an Schulen, die Schulsozialarbeit oder das Ferienprogramm. Mit mehr als 180 Millionen Euro, so Würzner, gebe die Stadt 17 Prozent ihres Haushaltes für Kinder und Jugendliche aus.

Dank sprudelnder Gewerbesteuer-einnahmen und der guten wirtschaftlichen Lage ist die Ausgangsposition für die

Stadt erfreulich. Weil die Einnahmen in den nächsten beiden Jahren um 5,5 Prozent steigen, die Ausgaben aber nur um 2,5 Prozent klettern, müssen für Personalausgaben, Sozialhilfe oder den Erhalt der Infrastruktur keine Rücklagen aufgebracht oder gar Schulden aufgenommen werden. Im Gegenteil: Stadtkämmerer Heiß kalkuliert im sogenannten Ergebnishaushalt, der die laufenden Kosten abbildet, sogar mit leichten Überschüssen. In 2015 rechnet er mit Ausgaben in Höhe von 527 Millionen Euro, in 2016 mit 544 Millionen. Die Einnahmen sollen jeweils um eine Million höher liegen.

Nichtsdestotrotz ist für Heiß die Zeit reif, um neue Schulden zu machen: „Es ist bei dem historisch niedrigen Zinsniveau wirtschaftlich sinnvoll und geboten, dass wir jetzt rechtzeitig in die Infrastruktur investieren.“ Fast 177 Millionen Euro will Würzner in den nächsten beiden Jahren über den Finanzhaushalt investieren und

damit mehrmals jemals zuvor in einem Doppelhaushalt. Schwerpunkte sind für den OB hierbei die Schulen (20 Millionen Euro), für die neue Mensen und naturwissenschaftliche Räume geplant werden, aber auch der Straßenbau, dessen Etat mit 21,5 Millionen Euro verdoppelt wurde, sowie Investitionen in den Sport. Hier nennt er zum Beispiel das Turnzentrum.

Die gesamten Bauinvestitionen belaufen sich auf 68,5 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre. Daneben will sich die Stadt mit knapp 20 Millionen über Zuschüsse an Investitionen anderer beteiligen – 4,7 Millionen Euro kostet nach dieser Rechnung die Mitfinanzierung des Mobilitätsnetzes der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, 5,7 Millionen Euro die Sanierung und Erweiterung von Kindertageseinrichtungen freier Träger. 43,5 Millionen Euro fließen an die Stadtwerke, für Grundstücksankäufe sind 35 Millionen Euro vorgesehen. Da in Höhe von 10 Mil-

lionen Euro auch noch Kredite getilgt werden müssen, rechnet Heiß mit einer Nettoneuverschuldung von 66 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren – 1270 Euro pro Einwohner.

Deutlich kritisierte Würzner bei seiner Haushaltsrede Bund und Land: „Immer mehr Aufgaben werden an die Kommunen durchgereicht, ohne dass die Kommunen dafür eine auch nur annähernd ausreichende Finanzierung erhalten.“ So werden sich in Heidelberg beispielsweise die Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe von 85 Millionen Euro in 2014 auf 90,2 Millionen in 2016 erhöhen.

Die Diskussion ist eröffnet: Bei einer Infoveranstaltung am Dienstag, 3. Februar, werden Würzner und Heiß den Entwurf der Öffentlichkeit präsentieren. Am 5. März werden die Fraktionen ihre Änderungsanträge in den Gemeinderat einbringen. Mit einem Bibelzitat bat Heiß unterdessen die Stadträte um Mäßigung: „Mein Sohn, bei all Deinem Tun, bleibe bescheiden. Und Du wirst mehr geliebt werden, als einer der Gaben verteilt.“

### Kritik an Bund und Land